

Gerechte Gesellschaften brauchen keine Solidarität

Ein Gespräch mit Lukas Bärfuss

TUP: Herr Bärfuss, ist Solidarität ein flüchtiges Gut?

Lukas Bärfuss: Ist sie ein Gut? Ist Solidarität handelbar? Kann man sie tauschen? Kann man sie bewerten? Oder ist sie nicht vielmehr eine soziale Handlung, eine Praxis? Gewiss braucht Solidarität Übung. Auf Menschen, die in Not sind und Hilfe brauchen, zuzugehen, kann schwerfallen. Wir empfinden häufig Scham, wenn wir jemandem begegnen, dem es weniger gut geht. Armut ekelt, sie stinkt, sie ist hässlich, wir wollen nicht mit ihr in Berührung kommen. Ausgrenzung trainiert man sich an, dasselbe gilt für die Solidarität.

Inwiefern?

Die Erinnerung liegt bei den Armen, bei den Marginalisierten. Wer reich und privilegiert ist, braucht keine Erinnerung, braucht Geschichte bloß als Repräsentation. Der Reiche hat Freude an der Gegenwart und wettet auf die Zukunft. Er braucht die Vergangenheit nicht. Sie stört ihn nur. Deshalb braucht es in einer prosperierenden bürgerlichen Gesellschaft schließlich keine geschichtsbildende Literatur mehr. Denken Sie an Baudelaire, wie er über „les yeux des pauvres“ in „Le Spleen de Paris“ die Armen als jene kennzeichnet, die in ihren Gesichtern, in ihrem Blick die Geschichte tragen, während die Reichen im Glanz der neuen Paläste schon längst in der Gegenwart verloren sind. Henning Ritter hat das dargelegt. Der Grund, weshalb Heinrich Böll schlagartig aus der Mode gekommen sei? Weil er noch über die Armut schrieb. Heute gibt es kaum mehr eine Literatur des Mitleids. Verlierer sind Verlierer, nichts weiter. Mit dem Aufstieg der neoliberalen Ordnung Ende der 1970er-Jahre verlor die Literatur Stoff und Bedeutung.

An anderer Stelle konstatieren Sie, dass in Gesellschaften, in denen das „Ich“ großgeschrieben wird, in der das materielle und karrieristische Fortkommen oftmals an erster Stelle steht, automatisch der Blick für Armut oder Leute, denen es nicht so gut geht, nicht existiert. Wie kann denn da Solidarität geübt werden?

Ich fürchte, es ist komplizierter. Wir sollten uns nicht mit der Solidarität zufriedengeben. Sie ist eine Krücke in ungerechten Gesellschaften. Eine gerechte Gesellschaft braucht keine Solidarität und überantwortet diese Verantwortung für den Ausgleich auch nicht dem Einzelnen.

Aber lassen Sie uns die Sache von einer anderen Seite angehen. Solidarität benötigt ganz grundsätzlich Bewusstsein und Identität. Wie beides zustande kommt, davon hat die Wissenschaft bisher bloß eine rudimentäre Vorstellung. In den letzten Jahrzehnten haben wir die beiden Begriffe zuerst individual-psychologisch definiert. Wir haben fast vergessen, dass wir Menschen ebenfalls soziale Wesen sind und Identität und Bewusstsein relational verstanden werden müssen.

Wir definieren unsere Werte, unsere Hoffnungen und Ansichten über die Gruppe, in der wir leben. Statt nur um uns selbst sollten wir uns auch um das gesellschaftliche Bewusstsein und um die gesellschaftliche Identität kümmern. In den letzten Jahrzehnten haben wir dies kaum praktiziert. Ziel war die Lösung des Individuums aus seinen sozialen Beziehungen. Es ging um Selbstertüchtigung in einem Umfeld der totalen Ökonomisierung.

Heute fehlen Sprache und Bewusstsein für diese Dimension der Identität. Das Hirn ist ein adaptives Organ. Wenn wir gewisse Dinge nicht üben und nicht pflegen, verschwinden sie aus der Wirklichkeit.

Braucht Solidarität Strukturen, die ohne Solidarität funktionieren?

Der Philosoph John Rawls bringt es auf den Punkt: Gerechtigkeit ist die erste Tugend sozialer Institutionen. Wir müssen uns von der Idee befreien, die Fragen sozialer Gerechtigkeit zu moralisieren und dem Individuum zu überlassen. Denn sonst wird Solidarität gefährlich. Von wem wird sie nämlich meistens verlangt? Von jenen, die man zum Verzicht zwingt. In der Postpandemie wird es heftige Verteilungskämpfe geben. Und ich befürchte, dass die Regierungen Solidarität nicht von den Starken, von den Reichen verlangen werden, sondern von jenen, die keine Stimme haben und sich gegen den Entzug der Mittel und Ressourcen nicht wehren können. Wir brauchen gesellschaftliche Strukturen und Bedingungen, die Gerechtigkeit ermöglichen. Daran sollten wir arbeiten.

Warum gab es keine Gegensprache oder keine Gegenöffentlichkeit gegen diese Politik, die in den letzten vierzig Jahren ja nicht nur ökonomisch, sondern in den Köpfen vieler Menschen Folgen hinterlassen hat?

Der ökonomische Erfolg hat dem Neoliberalismus recht gegeben. Die Wachstumsraten und der Produktivitätszuwachs sind atemberaubend. Aber wir sind am Ende dieser Entwicklung angekommen. Eine reine Wachstums- und Wettbewerbspolitik wird uns umbringen. Bis jetzt ist es die ökologische Katastrophe, die Handeln erzwingt, nicht die soziale Ungleichheit. Doch ohne Gerechtigkeit wird es auch keine Lösung für die ökologische Frage geben.

Im Zuge der Pandemie war Handlungsfähigkeit des Staates gefordert – und es ging ja auf einmal. Selbst die Schuldenbremse wurde gelockert. Und trotzdem sind die Stimmen schon wieder zu vernehmen, wonach der Gürtel irgendwann enger geschnallt werden muss, weil wir jetzt über unsere Verhältnisse leben. Dabei ist ja gar nicht gesagt, dass ein Land wie Deutschland nicht über einen längeren Zeitraum mit hohen Schulden

leben kann. Anders gesagt: Obwohl gerade die Fenster offen sind, um Fragen der sozialen Ungleichheit neben den Klimafragen voranzutreiben, fehlen vernehmbare Stimmen, die Antworten auf diese Fragen einfordern. Warum ist das so?

Fehlende Übung.

Inwiefern?

Wir wissen nicht mehr, wie man außer durch Geld auch noch Anerkennung gewinnen kann. Andere Maßstäbe sind fast völlig verschwunden. Als Schriftsteller lebe ich in den Resten eines geistigen und kulturellen Referenzsystems, das einen anderen als einen wirtschaftlichen Statusgewinn ermöglicht. Diese Position ist allerdings marginal. Was nicht ökonomisch zu rechtfertigen ist, ist überhaupt nicht zu rechtfertigen.

Ich persönlich halte das Prinzip der Freude dem Wettbewerbsprinzip für überlegen. Die Klimajugend macht gerade die Erfahrung, wie viel Freude es bereitet, sich politisch zu engagieren. Das schafft eine andere, nachhaltigere Form des Wohlstands und des Wohlbefindens.

Als geübter Analytiker würde man sagen, dass jetzt die Stunde einer vitalen Zivilgesellschaft schlagen müsste. Sehen Sie diese jenseits der Fridays-for-Future-Jugend?

Das ist eine interessante Bemerkung. Ich denke in der letzten Zeit oft an meine Erfahrungen in Chile. Es ist ein Land, das keinen Sozialstaat kennt. Das erste Land des Neoliberalismus. Die Chicago-Boys haben dort ihre Ideale verwirklicht ...

... flankiert von einer Militärdiktatur ...

... genau. Dort ist fast alles privatisiert. Das Gesundheitswesen, die Bildung, die Kultur. Dies erzwingt von den Menschen gegenseitige Solidarität. Sie bauen eigene Strukturen auf – etwa in der Kinderbetreuung oder im Kulturleben. Nach den jüngsten Erfahrungen, vor allem in der Schweiz, habe ich mich oft gefragt, ob ich nicht nach Chile reisen sollte, um zu lernen, wie man sich jenseits staatlicher Struktur organisiert. Dieser Gedanke gefällt mir nicht, denn er zeigt, wie brüchig mein Vertrauen in den Wohlfahrtsstaat, überhaupt in die Republik geworden ist.

Wenn wir versuchen, Ansprüche zu formulieren: Welche Strukturen für Gerechtigkeit sollten idealerweise befördert werden, damit Sie keine Workshops in Chile besuchen müssen?

Jeder wird zu einem gewissen Lebensstil gezwungen. Wir sind Kinder unserer Zeit. Wir benutzen die Werkzeuge und Technologien, die in einer bestimmten Zeit verfügbar sind. Und bei den Werkzeugen und Technologien, die wir heute benutzen, lässt sich zweierlei beobachten. Sie sind effektiv und ephemere. In den letzten zwölf Jahren habe ich sechs Smartphones verschlissen. Ich war nicht besonders haushälterisch, aber ich war auch nicht besonders verschwenderisch. Viermal wollte ich einen technologischen Fortschritt realisieren, einmal ging es kaputt, einmal verloren. Damit dürfte ich

in meiner Kultur ziemlich durchschnittlich sein. Ich wurde für meinen Verbrauch nicht bestraft, obwohl er für unsere Welt und die nachfolgenden Generationen ruinös ist. Ich habe alles richtig und gleichzeitig alles falsch gemacht. Wir brauchen Gesetze, die von einem Smartphone eine Lebensdauer von zehn Jahren erfordern. Diese Innovation brauchen wir, Innovation in Langlebigkeit.

Was ist relevant für eine gerechte Gesellschaft?

Unter anderem gute und gerechte Löhne. Wir müssen über unsere Einstellung zur Arbeit nachdenken. Wann haben unsere Gesellschaften zum letzten Mal ein großes Sozialwerk realisiert? Wir müssen unsere demokratischen Strukturen auf den Stand des 21. Jahrhunderts bringen. Die Meinungsäußerungsfreiheit ist durch die sozialen Medien, die viel eher personalisierte Massenmedien sind, von einem Mittel der Emanzipation zu einer potenziellen Gefahr für unsere Freiheit geworden. Über den wichtigsten Begriff haben wir noch gar nicht gesprochen.

Und der wäre?

Der Begriff des Eigentums. Alles hat sich verändert. Eines ist gleich geblieben: Die Reichen werden immer reicher. Wir sind keine Meritokratie mehr. Heute werden Vermögen nicht erarbeitet, sondern vererbt. Das ist zersetzend für unsere Gesellschaft. Wir müssen darüber reden, was ein Mensch besitzen kann, soll und darf, und zwar jenseits der ideologischen Grabenkämpfe des Kalten Krieges. Das können wir uns nicht mehr leisten.

Wir kommen wieder zu einem Punkt von vorhin: Gefragt ist für all das Skizzierte der handlungsfähige und mutige Staat; er ist immer ein zentraler Akteur in dem Ganzen.

Ja. Das dürfen wir nicht kaputtreden. Absolut entscheidend ist ein gelebter Respekt vor den Institutionen. Das bedeutet aber gleichzeitig Kritik, Pflege und Weiterentwicklung dieser Institutionen. Wir müssen den republikanischen Diskurs befördern. Er besteht darin, zuerst das gemeinsame Interesse zu formulieren. Mein Interesse kann ich mit meiner sozialen Gruppe und mit meinem Verband, mit meiner Gilde und mit meinen Leuten diskutieren. Sobald ich in die politische Auseinandersetzung gehe, in die parlamentarische, braucht es den Willen, das gemeinsame Interesse zu formulieren. Das ist immer möglich!

Wie kann man Gerechtigkeitsfragen oder relevante Fragen für die Gesellschaft wieder in die Öffentlichkeit tragen, dass die Leute nicht nur zuhören, sondern vielleicht mitreden und mitmachen wollen? Ich fürchte nur, dass die Bürgerinnen und Bürger nach der Pandemie, in der sie quasi tagtäglich mit Politik konfrontiert wurden und konkreten politischen Entscheidungen ausgesetzt waren, weniger Interesse an Debatten und Diskursen haben werden. Sie wollen vielleicht erst einmal die Beine hochlegen, das Glas heben und in Urlaub fahren.

Es wird gewiss einen postpandemischen Hedonismus geben. Im Kleinen und im Großen. Und ich wüsste nicht, mit welchen Argumenten ich nicht dafür sein sollte.

Ich auch nicht. Aber letztlich kann das ja wiederum den Weg frei machen für jene Leute, die weiter daran interessiert sind, dass alles so weitergeht wie bisher, weil sie davon profitieren.

Ich wäre da nicht so pessimistisch. Hedonismus oder Lebensfreude kann man politisch sehen.

Interview: Peter Kuleßa

Lukas Bärfuss

ist Schriftsteller, Bühnenautor und Dramaturg. 2019 hat er den Georg-Büchner-Preis erhalten.

www.lukasbaerfuss.ch